

# Umsatzsteuer-News

## Aktuelles rund um das Umsatzsteuerrecht

Ausgabe 07, Juli 2021

### Inhalt

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |          |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>Vom Europäischen Gerichtshof .....</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | <b>2</b> |
| <b>Keine umsatzsteuerliche Betriebsstätte ohne Personal</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |          |
| Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist der Auffassung, dass eine vom Hauseigentümer als Subunternehmer beauftragte Hausverwaltungsgesellschaft ohne Entscheidungsbefugnisse keine feste Niederlassung (in deutscher Terminologie: umsatzsteuerliche Betriebsstätte) des Vermieters begründen kann. ....                                                                                                                                                                        | 2        |
| <b>Aus der Finanzverwaltung .....</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | <b>2</b> |
| <b>Zum Leistungsort von Inhouse- und Onlineseminaren</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |          |
| Im Nachgang zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) „Srf konsulterna“ werden nach Meinung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) auch der Öffentlichkeit nicht zugängliche Konferenzen und Seminare umsatzsteuerlich an dem Ort erbracht, an dem die Veranstaltung tatsächlich durchgeführt wird – er stellt aber auch klar, dass Onlineseminare der betreffenden Leistungsortsvorschrift nicht unterliegen.....                                                    | 2        |
| <b>BMF zur Sonderregelung für Reiseleistungen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |          |
| Nachdem Deutschland im Jahr 2018 in einem Vertragsverletzungsverfahren unterlegen war, wurde zum 18. Dezember 2019 in der Sonderregelung für Reiseleistungen (§ 25 UStG) die sogenannte „Kundenmaxime“ umgesetzt, die auch die Abgabe von Reiseleistungen an Unternehmer für deren Unternehmen der Sonderregelung unterwirft. In dem gründlich überarbeiteten Abschnitt 25 UStAE setzt das Bundesministerium der Finanzen (BMF) diese und viele weitere Entwicklungen um. .... | 3        |
| <b>Aus dem Ausland .....</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | <b>4</b> |
| <b>Griechenland: Inselsteuersätze auf unbestimmte Zeit verlängert</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |          |
| Bereits mehrmals wurde die Einführung des Festlandsteuersatzes für bestimmte Inseln verschoben, zuletzt auf den 30. Juni 2021. Nun hat die griechische Regierung die Anpassung der Steuersätze auf den letzten Inseln mit Sondersatz auf unbestimmte Zeit verschoben. ....                                                                                                                                                                                                     | 4        |
| <b>Service .....</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | <b>5</b> |
| Ihre Ansprechpartner .....                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | 5        |

# Vom Europäischen Gerichtshof

## Keine umsatzsteuerliche Betriebsstätte ohne Personal

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist der Auffassung, dass eine vom Hauseigentümer als Subunternehmer beauftragte Hausverwaltungsgesellschaft ohne Entscheidungsbefugnisse keine feste Niederlassung (in deutscher Terminologie: umsatzsteuerliche Betriebsstätte) des Vermieters begründen kann.

---

**Fundstelle:**

EuGH C-931/19 „Titanium“, Urteil vom 3. Juni 2021

---

Die auf der Kanalinsel Jersey ansässige Beschwerdeführerin hatte eine Immobilie in Österreich steuerpflichtig vermietet. Mit der Verwaltung hatte sie ein Hausverwaltungsunternehmen beauftragt – doch Managemententscheidungen und selbst die Auswahl von Drittunternehmern behielt sie sich selbst vor. Das Finanzamt war der Auffassung, dass die Beschwerdeführerin in Österreich ansässig war und Umsatzsteuer auf die steuerpflichtigen Vermietungen abzuführen hatte. Die Beschwerdeführerin hielt dagegen, dass mangels personeller Ausstattung in Österreich keine feste Niederlassung bestand.

Der EuGH stimmte der Beschwerdeführerin zu. Daraus folgt zunächst, dass eine umsatzsteuerliche Betriebsstätte zwingend einer personellen Ausstattung (und zwar dem EuGH zufolge mit eigenem Personal) bedarf – eine noch so beständige sachliche Ausstattung allein genügt nicht. In Deutschland stellt das Urteil nicht zuletzt die Vereinbarkeit der Verwaltungsregelung des Abschnitts 13b.11 Abs. 2 Satz 2 ff. UStAE mit Unionsrecht infrage. Diese Regelung sieht vor, dass Unternehmer, die ein im Inland gelegenes Grundstück besitzen und steuerpflichtig vermieten, insoweit als im Inland ansässig zu behandeln sind. Über Details informieren wir Sie in [Ausgabe 7](#) unseres Newsflashes *Umsatzsteuer aktuell* vom Juni 2021.

## Aus der Finanzverwaltung

### Zum Leistungsort von Inhouse- und Onlineseminaren

Im Nachgang zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) „Srf konsulterna“ werden nach Meinung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) auch der Öffentlichkeit nicht zugängliche Konferenzen und Seminare umsatzsteuerlich an dem Ort erbracht, an dem die Veranstaltung tatsächlich durchgeführt wird – er stellt aber auch klar, dass Onlineseminare der betreffenden Leistungsortsvorschrift nicht unterliegen.

---

**Fundstelle:**

BMF-Schreiben vom 9. Juni 2021

---

In seinem Urteil „Srf konsulterna“ hatte der EuGH vordergründig die Frage untersucht, ob der Eintritt zu einem Seminar auch die Teilnahme umfasst – sein Urteil zog aber die bisherige deutsche Verwaltungsauffassung, die Veranstaltungen mit Teilnahmebeschränkungen vom Leistungsort nach § 3a Abs. 3 Nr. 5 UStG ausnahm, in Zweifel (über Details informierten wir Sie in [Ausgabe 4](#) unseres Newsletters *Umsatzsteuer-News* vom April 2019). Die Vorschrift betrifft – in aller Kürze – die Einräumung der Eintrittsberechtigung zu kulturellen, künstlerischen, wissenschaftlichen, unterrichtenden usw. Veranstaltungen an Unternehmer. Nun hat das BMF nachgezogen und den Umsatzsteuer-Anwendungserlass (UStAE) entsprechend geändert.

Dabei wird in Hinblick auf die genannte Vorschrift die bisherige Differenzierung zwischen der Öffentlichkeit zugänglichen und teilnahmebeschränkten Veranstaltungen aufgegeben. Sie alle unterliegen nun demselben Leistungsort: Die Leistungen gelten als an dem Ort erbracht, an dem die Veranstaltung tatsächlich durchgeführt wird. Andererseits führt das BMF eine andere Differenzierung ein: Eine Veranstaltung im Sinne der genannten Vorschrift erfordere die physische Anwesenheit des Leistungsempfängers bei dieser; die Vorschrift gelte daher nicht in Fällen der Onlineteilnahme des Leistungsempfängers.

---

## Hinweis

---

Die Grundsätze des Schreibens sind in allen offenen Fällen anzuwenden, eine Übergangsfrist wird nicht gewährt. Was den Anwendungsbereich der Vorschrift auf Unternehmer angeht, die mit Eintrittskarten handeln, ohne Veranstalter zu sein, gleicht das BMF die bisherige Formulierung der Vorschrift des Art. 33a MwStVO an.

Mitunter könnten Inhouseseminare aber auch weiterhin einem anderen Leistungsort unterliegen – dann etwa, wenn es sich um eine Nebenleistung zu einer Hauptleistung handelt: Nebenleistungen teilen in der Regel das umsatzsteuerliche Schicksal der Hauptleistung. Eine Nebenleistung liegt z. B. dann vor, wenn sie für die Kundschaft keinen eigenen Zweck, sondern das Mittel darstellt, um die Hauptleistung des Leistungserbringers unter optimalen Bedingungen in Anspruch zu nehmen. Abhängig von den Umständen des Einzelfalls könnte zum Beispiel die Implementierung einer neuen Software eine Schulung der Mitarbeiter nötig machen, die somit ein Mittel darstellen kann, das es dem Leistungsempfänger ermöglicht, optimalen Gebrauch von der Software zu machen.



## BMF zur Sonderregelung für Reiseleistungen

Nachdem Deutschland im Jahr 2018 in einem Vertragsverletzungsverfahren unterlegen war, wurde zum 18. Dezember 2019 in der Sonderregelung für Reiseleistungen (§ 25 UStG) die sogenannte „Kundenmaxime“ umgesetzt, die auch die Abgabe von Reiseleistungen an Unternehmer für deren Unternehmen der Sonderregelung unterwirft. In dem gründlich überarbeiteten Abschnitt 25 UStAE setzt das Bundesministerium der Finanzen (BMF) diese und viele weitere Entwicklungen um.

---

**Fundstelle:**  
BMF-Schreiben vom  
24. Juni 2021

---

Das Schreiben hat die Definition von Reiseleistungen im Sinne des § 25 UStG in einer Weise ergänzt, die praktischen Bedürfnissen besser gerecht wird. Wie bisher erfordert eine Reiseleistung zunächst, dass der Unternehmer für die Durchführung der Reise Gegenstände und Dienstleistungen Dritter in Anspruch nimmt und diese dem Reisenden unmittelbar zugutekommen (Reisevorleistungen). Für das Vorliegen einer Reiseleistung soll es nun nach Auffassung des BMF zudem grundsätzlich erforderlich sein, dass der Unternehmer ein Bündel von Einzelleistungen erbringt, das zumindest eine Beförderungs- oder Beherbergungsleistung enthält.

In anderen Worten: Erbringt der Unternehmer ein Leistungsbündel an einen Abnehmer, das mindestens eine der beiden genannten Leistungen enthält, dann können solche Leistungen das gesamte Leistungsbündel „infizieren“ und zu einer einheitlichen Reiseleistung verwandeln, die der Margenbesteuerung unterliegt. Eine einzelne Leistung kann nach Angaben des BMF für die Anwendung des § 25 UStG (nur) dann genügen, wenn es sich um eine Beherbergungsleistung handelt.

Von diesem Grundsatz gibt es jedoch eine ganze Reihe von Ausnahmen personenbezogener (im Drittland ansässige Unternehmer) als auch leistungsbezogener Art (z. B. keine Anwendung auf viele Fälle unentgeltlich erbrachter Reiseleistungen, einschließlich für Zwecke des Unternehmens verwendete Dienstreisen Angestellter). Zudem kommt nicht jede Leistung als Teil einer einheitlichen Reiseleistung infrage.

Der vom BMF in erheblichem Umfang geänderte und neugefasste Abschnitt 25 des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses (UStAE) hält darüber hinaus eine ganze Reihe weiterer Änderungen und Vereinfachungsregelungen bereit. Hinzu kommen Übergangsregelungen: Unternehmer – ausdrücklich auch solche, zu deren Unternehmensgegenstand Reiseleistungen nicht in erster Linie gehören – sollten die verbleibende Zeit nutzen, um das eigene Leistungsspektrum zu prüfen und Änderungen in ihrer Buchhaltung und in der Rechnungstellung rechtzeitig umzusetzen. Abgesehen von der unterschiedlichen Bestimmung der Bemes-

sungsgrundlage bringt die Margenbesteuerung zum Beispiel ein Vorsteuerabzugsverbot für Reisevorleistungen mit sich. Über weitere Details und über die möglichen Implikationen informieren wir Sie in einer weiteren Ausgabe unseres Newsflashs *Umsatzsteuer aktuell*.

## Aus dem Ausland

### Griechenland: Inselsteuersätze auf unbestimmte Zeit verlängert

Bereits mehrmals wurde die Einführung des Festlandsteuersatzes für bestimmte Inseln verschoben, zuletzt auf den 30. Juni 2021. Nun hat die griechische Regierung die Anpassung der Steuersätze auf den letzten Inseln mit Sondersatz auf unbestimmte Zeit verschoben.

Eine Steuersatzerhöhung für die Inseln sollte eigentlich bereits zum Jahresanfang 2017 abgeschlossen sein. Einer Anzahl von Inseln wurde jedoch mehrfach Aufschub gewährt. Der nun gewährte weitere Aufschub betrifft wiederum die Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos.

# Service

## Ihre Ansprechpartner

---

### Berlin

---

**Götz Neuhahn**

Tel.: +49 30 2636-5445  
goetz.neuhahn@pwc.com

**Nicole Stumm**

Tel.: +49 30 2636-3733  
nicole.stumm@pwc.com

---

### Frankfurt am Main / Mannheim

---

**Frank Gehring**

Tel.: +49 69 9585-2771  
frank.gehring@pwc.com

**Gerald Hammerschmidt**

Tel.: +49 69 9585-5290  
gerald.hammerschmidt@pwc.com

**Robert Clemens Prätzler**

Tel.: +49 69 9585-6712  
robert.clemens.pratzler@pwc.com

---

### Hamburg / Hannover

---

**Markus Huellmann**

Tel.: +49 40 6378-8858  
markus.huellmann@pwc.com

---

### München / Stuttgart / Nürnberg

---

**Jens Müller-Lee**

Tel.: +49 711 25034-1101  
jens.mueller-lee@pwc.com

**Sandra Zölch**

Tel.: +49 89 5790-6840  
sandra.zoelch@pwc.com

---

### Düsseldorf / Köln / Essen

---

**Alexandra Hartenfels**

Tel.: +49 211 981-2598  
alexandra.hartenfels@pwc.com

**Sounia Kombert**

Tel.: +49 221 2084-384  
sounia.kombert@pwc.com

**David Kosiak**

Tel.: +49 221 2084-270  
david.kosiak@pwc.com

**Franz Kirch**

Tel.: +49 201 438-1120  
franz.kirch@pwc.com

---

### ITX ERP and Data Analytics

---

**Roberta Grottini**

Tel.: +49 30 2636-5399  
roberta.grottini@pwc.com

---

### ITX Financial Services

---

**Imke Murchner**

Tel.: +49 89 5790-6779  
imke.murchner@pwc.com

---

### ITX Deals

---

**Christian Schubert**

Tel.: +49 89 5790-6726  
christian.schubert@pwc.com

---

### ITX Business Recovery Services

---

**Maria Milanovic**

Tel.: +49 89 5790-5979  
maria.milanovic@pwc.com

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Juli 2021 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

[www.pwc.de](http://www.pwc.de)